Gesundheitspolitik:

Stärkung des Standorts Berlin

Fusionspläne für Charité und Max-Delbrück-Zentrum begrüßt

Die geplante engere Kooperation von Charité und Max-Delbrück-Centrum wird von der SPD-Bundestagsfraktion begrüßt. Allerdings sei dringend ein Gesamtkonzept nötig, sagt der bildungs- und forschungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Ernst Dieter Rossmann.

Die Charité gehört dem Land Berlin, das Max-Delbrück-Zentrum, ein Forschungsinstitut für molekulare Medizin, gehört zur Helmholtz-Gesellschaft und wird zu 90 Prozent vom Bund finanziert. Schon im August hatte Berlins scheidender Bildungssenator Jürgen Zöllner bei einer Diskussionsrunde der Berliner Morgenpost eine Verschmelzung der beiden Einrichtungen vorgeschlagen. "Die Verwertung von Grundlagenwissen erreicht sofort eine neue Qualität, wenn sie in einem Laden stattfindet", so Zöllner damals. Ein Zusammenschluss würde die medizinische Forschung am

Standort Berlin nach Ansicht Zöllner deutlich stärken: "Die Charité mit dem Delbrück-Centrum wäre unter den Top Zehn in der Welt"

"Mehr Geld für die Berliner Forschung und eine engere Kooperation von Universitätsklinik und der außeruniversitären Forschung ist ein guter Weg für Berlin, den die SPD-Bundestagsfraktion ausdrücklich unterstützt", so Rossmann. "Was fehlt ist aber ein Gesamtkonzept für verstärkte Kooperationen von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in Deutschland insgesamt. Bundesministerin Schavan werkelt lieber an "Insellösungen" nach politischer Wetterlage, anstatt wissenschaftsgeleitet ein tragfähiges Konzept für die Fortsetzung der Exzellenzinitiative erarbeiten zu lassen."

Bedenklich sei, so Rossmann, dass Frau Schavan erneut den Wissenschaftsrat als Beratungseinrichtung von Bundesregierung, Ländern und Bundestag beschädigt. "Noch bevor dieser ein Konzept zur Fortführung der Exzellenzinitiative vorlegen kann, schafft Frau Schavan schon Tatsachen."

Die SPD-Bundestagsfraktion setze hingegen auf die Empfehlungen der Wissenschaft, um im Anschluss eine fundierte und ergebnisoffene politische und wissenschaftliche Diskussion zur Zukunft der Exzellenzinitiative nach 2017 zu führen. "Das Thema ist für parteipolitische Profilierungen zu wichtig", so Rossmann.

"Die Zusammenschlüsse von Hochschulen und Forschungszentren ersetzen kein Exzellenzkonzept", sagt der SPD-Politiker. "Aber auch sie müssen wissenschaftsgetrieben erfolgen und ebenso effektiv wie unbürokratisch sein. Dazu ist aus Sicht der SPD-Bundestagsfraktion eine entsprechende Grundgesetzänderung notwendig. Die SPD hat hier bereits ein Angebot gemacht."

Rechtsextremismus:

Wieder Brandanschlag auf Falken-Haus



Das Anton-Schmaus-Haus am 9. November.

Am frühen Morgen des 9. November 2011, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, ist erneut ein Brandanschlag auf das Anton-Schmaus-Haus der Neuköllner Falken verübt worden. Bereits in der Nacht zum 27. Juni des Jahres hatten Rechtsextremisten das Haus, in dem nur einen Tag zuvor eine Kindergruppe übernachtete, in Brand gesteckt und dabei erheblichen Sachschaden verursacht.

Das Haus sollte am 4. Dezember wiedereröffnet werden. Die Arbeiten zur Instandsetzung waren noch in vollem Gange. Der Schaden ist erneut erheblich und macht die Nutzung für längere Zeit unmöglich. "Wir sind entsetzt über die Brutalität und Rücksichtslosigkeit der Rechtsextremisten und über die offensichtliche Hilflosigkeit der Politik", erklärte Karsten Thiemann, Vorsitzender der SJD-Die Falken Neukölln.

Gedenken:

"So viele Opfer"

Duisburger Straße: Anwohner erinnern an die Zeit der Verfolgung

"So eine kurze Strasse, so viele Opfer." Mit diesen Worten drückte der Wilmersdorfer SPD-Abteilungsvorsitzende die Betroffenheit der rund 50 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus, die sich in der Duisburger Straße versammelt hatten, um an die mehr als 140 jüdischen Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung zu erinnern.

"Als wir als regionale Gliederung der SPD vor einigen Jahren einen Spaziergang über jüdisches Leben südlich des Olivaer Platzes durchführten, kamen wir auch in die Duisburger Strasse", so Frank-Axel Dietrich. "Schon die zahlreichen Stolpersteine vor der Duisburger Strasse 1, verlegt von Klaus Brake und Miteigentümern, sorgten für Aufmerksamkeit. Aber auch die von uns damals nur oberflächlich vorgenommenen Abgleiche mit Quellen ergaben Hinweise auf viel, viel mehr Opfer. Auch wiesen andere Teilnehmer des Spazierganges auf sehr viele Namen von jüdischen Opfern z.B. in der Duisburger Strasse 6 hin."

Lorena Endler erstellte daraufhin die erste strassenbezogene Opferliste mit über 100 Namen aus der kurzen Strasse. "Opfer, die aus ihren Berufen verdrängt wurden, in denen sie in der Öffentlichkeit standen, Opfer, die ihre Wohnungen verloren und aus ihnen vertrieben wurden, Opfer, die schließlich aus ihrem Heimatland vertrieben und in letzter Konsequenz deportiert



Gedenken in der Duisburger Straße: Kulturstaatssekretär André Schmitz und die Schriftstellerin Inge Deutschkron.

Foto: Simon Becker

und vernichtet wurden. Und alles weil sie Deutsche jüdischer Herkunft waren", so Frank-Axel Dietrich.

Vor den Häusern der Duisburger Strasse wurden anlässlich des Gedenkens ihre Namen verlesen. Durch die große Unterstützung der Anwohner konnte eine Gedenkstele errichtet werden, die in Anwesenheit von Staatssekretär André Schmitz, der Schriftstellerin Inge Deutschkron, des ehemaliegen Regierenden Bürgermeisters Klaus Schütz und des Bezirksbürgermeisters Reinhard Naumann eingeweiht wurde. "Kein verordnetes Gedenken, sondern aktives Gedenken von unten, für und wegen der Opfer des Nationalsozialismus aus der Strasse", so Frank-Axel Dietrich. **BS**